

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“.

Erste Ausgabe täglich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abholer monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M. Durch Träger u. a. d. m. Vertretungen frei und das monatlich 1.75 M., vierteljährlich 5.25 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.65 M., vierteljährlich 4.95 M. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Druckerei: Wiesbaden, Nikolastr. 11. Fernruf Nr. 5515, 5516, 5517. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz Hessen-Nassau 25 Pf., Restland 1.-M.; außerhalb 30 Pf., Restland 1.20 M. Seitenpreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 160

Freitag, 4. April 1919.

73. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen

Bekanntmachung.

Die Zurückführung der belgischen Tauben.
Die Taubenbesitzer, welche belgische Tauben haben, ob diese regelmäßig durch die deutschen Militärbehörden erworben wurden oder durch Privatpersonen während des Krieges aus Belgien mitgebracht wurden, haben dieselben mit Ausnahme der Tauben von 1918 sofort an einen der folgenden Sammel-Taubenschläge zu senden:
Franz Josef Beders, Aachen, Dittstraße 31.
Hoeft, Krefeld, Dionysiusstraße.
Vermungen, Köln, Liebigstraße 14b.
August Wilmann, Rullingen, Schützenstraße 19.
Richard Krug, Ludwigshafen, Hartmannstraße 26.

Richtigstellung.

Der „Aussschuh für eine Volksabstimmung zur Errichtung der Westdeutschen Republik“ hat in Nr. 77, 78 und 79 der „Rhein. Volksztg.“ mehrere Erklärungen veröffentlicht, die nur den Zweck verfolgen können, statt „Ausklärung“ weitere Verwirrung in die Deffentlichkeit zu tragen. Wir stellen deshalb fest:

1. Es wird für eine sofortige Volksabstimmung (vgl. Erkl. vom 10. März) weiter gehalten, obwohl doch der einzige Grund, den der Ausschuh angab, nämlich die Gefahr für die Rheinlande, dauernd vom Deutschen Reich getrennt zu werden, nicht mehr aufrecht erhalten werden kann.
2. Man verliert mit Schlagwörtern, wie „Militarismus“, „Judenalismus“, „Okelbier“ offensichtlich die Volksabstimmung in Fragen gegen Preußen anzuhaken.
3. Man spricht von einer „Friedensrepublik“ am Rhein im Verbanne des Deutschen Reichs, obwohl eine solche Republik diese Rolle nur dann spielen könnte, wenn sie in ihrer äußeren Politik vom Deutschen Reich völlig unabhängig wäre.
4. Man verdreht bewußt die Absichten unseres Ausschusses, dessen ganzes Ziel sich mit seinem Namen „Arbeitsausschuh zur Wahrung der Interessen Nassaus in Fragen des westdeutschen Freistaats“ erschöpft.

Wir stellen ausdrücklich fest, daß wir niemals gegen eine Volksabstimmung überhaupt (nur gegen eine sofortige, vor Friedensschluß), auch niemals für die unbedingte Ausreicherung des alten Preußen einzuhalten sind.

Wir verlangen nochmals eine strenge sachliche Beantwortung der von uns gestellten Fragen.

Arbeitsausschuh zur Wahrung der Interessen Nassaus in Fragen des Westdeutschen Freistaats.

Schäbigkeit der Gesinnung.

Der „Vorwärts“ schreibt in seiner Nummer 168: Die „Nationalliberale Korrespondenz“ teilt mit: Zum Gedächtnis Bismarcks wird am heutigen Dienstag, den 1. April, am Berliner Bismarckdenkmal ein Kranz niedergestellt, der folgende Widmung trägt: „Aus diesen Tagen, die Dich tief empören, ruft unsterblich hoffendes Deutschland: wir brauchen wieder einen so wie Du. Deutsche Volkspartei.“

Dazu sagt der „Vorwärts“ wörtlich: Wir hätten den Herz etwas anders gesagt: „Aus diesen Tagen, die Dein hiesiges Erbe, ruft unsere Sehnsucht, daß Dein Geist auch werde, nachdem Du selber schon gestorben bist.“
Schäbiger kann sich der Hof unfähiger Gernegroßer gegen einen wirklich Großen nicht ausdrücken.

Bayern auf der Friedenskonferenz?

Wie der Münchner Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung“ zuverlässig erzählt, hat Bayern vor kurzem bei der Reichsregierung das Verlangen gestellt, auf der Friedenskonferenz mitzuwirken zu sein. Die Reichsregierung hat dieses Ersuchen abgelehnt. Eine Rückänderung Bayerns auf diese Ablehnung bisher nicht erfolgt.

Folgen der Unordnung.

Während in Deutschland überall großer Mangel herrscht, sind im Hamburger Freihafengebiet von der Seeverwaltung noch jetzt riesenhafte Mengen Lebensmittel, vor allem Butter, Fett, Schinken, Konserven, Graupen, Reis und Mehl in Schiffsladungen aufbewahrt, die sich in der Gefahr des Verderbens befinden. Trotz dieser Gefahr und obwohl die Seeverwaltung fast vollständig aufgelöst ist, hat die Verwaltung bis jetzt für alle Anzeigen, diese Lebensmittelmengen freizugeben, taube Ohren gehabt. Nunmehr werden von hier lagernden Vorräten an Schinken und Speck dem Reich in Hamburg und Berlin je 350 000 Pfund verteilt werden. Auch andere Großstädte sollen ähnlich versorgt werden.

Dem Frieden entgegen.

Das linke Rheinufer.

Das „Allgemeine Handelsblatt“ in Amsterdam meldet aus Paris: Auf der Friedenskonferenz scheint der Grundsat für die Abrüstung des linken Rheinuferes angenommen zu sein. Für die Schließung der Festungen muß nur noch der Zeitpunkt festgesetzt werden. Größere Schwierigkeiten bietet die Beschlußfassung über andere militärische Einrichtungen, wie Bahnhöfe, Flugplätze usw. Diese Bestimmungen würden auch auf einen rechtserheinischen Gebietstreifen Anwendung finden. Außerdem werde die Befehung dieser Gebiete bis zu dem Zeitpunkt, an welchem Deutschland allen Verpflichtungen nachgekommen ist, erwooen. Frankreich würde als Mandatar-macht des Völkerbundes die in Frage kommenden Gebiete befehen. Ein eventueller Widerstand Deutschlands während der Befehung würde selbsttätig die Mitglieder des Völkerbundes zum Eingreifen veranlassen. Was das Saarbecken anlangt, werde Frankreich sich mit jeder Regelung abfinden, die ihm die Kohlenproduktion verschaffe.

Der „Temps“ weh über diese Frage folgendes zu berichten: Infolge von Hochs Erklärungen scheinen die Verhandlungen über die Rheinfrage zu einem Abschluß gekommen zu sein, da man endlich über einige Punkte Einigkeit erreicht habe, nämlich, daß Deutschland nicht das Recht haben soll, am Rhein Garnisonen zu unterhalten oder Kriegsfabriken zu bauen, und war nicht nur auf dem linken Rheinufer, sondern auch auf einer 30 Kilometer breiten Strecke des rechten Ufers. In der Saarbeckenfrage scheint es, daß Frankreich das Recht zugestanden werden wird, als Schadensvergütung das ganze Kohlenbecken auszunutzen.

Die Entschädigung.

Verschiedenen Meldungen zufolge sollen die amerikanischen Sachverständigen in Paris die Auffassung vertreten, daß man von Deutschland nicht mehr als 75 Milliarden Franken fordern könne. Die Entschädigungssumme werde jedenfalls in Dollars berechnet, weil der Dollarkurs bis jetzt den geringsten Schwankungen unterworfen war. Die Aussichten auf einen baldigen Abschluß des Friedens werden in Paris als sehr gut beurteilt. Man nennt jetzt den 1. Mai als den Tag des Friedensschlusses.

Die Verhandlungen in Spa.

Marshall Foch ist gestern vormittags 8.20 Uhr im Sonderzug mit seinem Generalstab in Spa eingetroffen. Er hatte zunächst eine längere Unterredung mit dem Vorsitzenden der französischen Kommission in Spa, General Rubant, der mit einer größeren Anzahl französischer und englischer Offiziere auf dem Bahnhof erschienen war. Der Sonderzug Fochs steht auf dem Geleise gegenüber dem Sonderzug des Reichsministers Erzberger. Die Verhandlungen haben begonnen. Der „Zeit Parisien“ bekündigt, daß Foch den Unterhändlern sagen wird, die Entente fordere, indem sie von ihrem Recht, welches ihr der Völkervölkervertrag verleiht, Gebrauch macht, daß Danzig den Divisionen des Generals Haller geöffnet wird. Er wird Erzberger eine Frist von 48 Stunden zur Antwort geben. Die von verschiedenen Seiten erhaltenen Nachrichten bestätigen den schon gewonnenen Eindruck, daß Deutschland auf seiner Weigerung nicht beharren wird.

Spartakus.

Die Lage im Ruhrrevier.

Aus dem Ruhrrevier wird teilweise eine Verschärfung der Streiklage und teilweise ein Abflauen berichtet. Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus Bochum ist die Zahl der streikenden Bergarbeiter zurückgegangen. Auf vielen Becken werde wieder gearbeitet. Dort, wo die Spartakisten die Oberhand hätten, werde noch gestreikt. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ läßt sich aus Essen melden: Die Nachrichten über die Streiklage im Ruhrgebiet lassen keinen Zweifel darüber, daß von einem Generalstreik bis jetzt nicht gesprochen werden kann. Nach einer Meldung des „Berliner Tagebl.“ aus Essen verschärfte sich die Streiklage im Ruhrbezirk bedenklich. Aus allen Teilen kommen Meldungen über neue Arbeitslosenaktionen, so daß es scheint, als ob der Streik doch ziemlich allgemein wird. Im Essener, Mülheimer und Dattroper Bezirk griff der Ausstand auf die große Mehrzahl der Hefen über. Auch im Dortmund, Bochumer, Herxer, Wittener und Reddinghausener Revier sind zahlreiche weitere Becken von dem Ausstand betroffen worden.

Kämpfe in den Vororten Stuttgarts.

Am Mittwoch ist es nach einem amtlichen Bericht der Staatsregierung zu Kämpfen in dem Vorort Döbeln und in Cannstatt gekommen. In Döbeln wurde eine Patrouille von acht Mann überfallen. Ein Mann davon blieb tot, ein anderer wurde schwer verletzt, die übrigen sechs sind spurlos verschwunden. In Cannstatt bemächtigte sich die Spartakisten eines Vagers mit Handgranaten. In Cannstatt gab es verschiedene Tote und Verletzte. Die Stellung der Regierung ist noch wie vor unerschütterlich. Sie ist der Lage und wird mit fester Hand Ordnung schaffen. Im Laufe des gestrigen Nachmittags wurde eine Anzahl

Spartakistenführer in Haft genommen. Die Groß-Stuttgarter Truppen stehen treu zur Regierung. Die Städte Ehlingen, Göttingen, Ludwigsburg, Ravensburg und Friedrichshafen sind ebenfalls vom Generalstreik erlos, doch sind nennenswerte Ruhestörungen nicht vorgekommen.

Die Ernährung der Stuttgarter Bevölkerung ist auf schwerste gefährdet. Die Gaserzeugung ist vollständig eingestellt, so daß weder zum Kochen noch zur Beleuchtung Gas zur Verfügung steht. Die Vorräte an Mehl reichen kaum für einige Tage. Die Bäckereien des Konsumvereins sind von den Spartakisten gewaltsam geschlossen worden.

Drohungen gegen München.

Wie dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ aus München gemeldet wird, drohen die oberfränkischen Bauern mit dem Abfall, wenn nach dem Willen einer kleinen Nachgruppe in München die Volksozialisierung komme. Ebenso werde man gegen die Räterepublik wie gegen jede Bergewaltigung Front machen. In die Losrennungsbereitungen Frankens sind neben der Oberpfalz Schwaben und die Rheinpfalz einbezogen. Auch in Altbayern sind die Bauern gegen die Räterepublik. Demnach kann es München passieren, daß es eines Tages in glänzender Isolierung daheft.

Arbeitslosen-Räte-Tagung.

Am 5. und 6. April wird im ehemaligen Herrenhause zu Berlin der Reichskonferenz der Arbeitslosen-Räte tagen. Räte-Unfug und kein Ende!

Ruhe in Frankfurt.

Frankfurt ist wieder ruhig. Durch die Matrosenpatrouillen werden die Straßen vom Gefindel freigehalten. Die schon am Mittwoch begonnenen planmäßig durchgeführten Hausdurchsuchungen in der Altstadt nach Waffen und gestohlenem Gut werden eifrig fortgesetzt. Die Beute ist bereits ungläublich groß. Es spottete oft jeder Beschreibung, was aus den Verstecken und Schlupfwinkeln der verschiedenen Häuser hervorgehohlet wurde: Bettstellen, Berge von Konserven und Lebensmittel und vor allem Mengen von Kleidungsstücken jedweder Art. Bei einem Weibe fand man z. B. eine ganze Kollektion geraubter Hölte. Das Polizeipräsidium, wohin die Raubwaren vorläufig geschafft werden, gleicht einem riesigen, immer mehr anschwellenden Warenhaufe. Bei den Durchsuchungen wurden auch noch zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Im Strafgefängnis Preungesheim sind 350 der Hauptplünderer festgesetzt.

Ein Matrosenmörder verhaftet.

Einer der Haupttäter, die bei den Ausschreitungen am Montag nachmittag den Matrosen Noedel vom Sicherheitsdienst in grauvoller Weise mißhandelten und dann in den Main warfen, so daß er ertrinken mußte, ist ermittelt und verhaftet worden. Es ist ein 18jähriger Burche. Der Rohling hat seine Mittäterschaft bereits zugabeben; er gleich wurde er auch als der Urheber einer großen Anzahl schwerer Einbrüche festgesetzt. An ihm vollzog man zunächst mit Recht ein handgreiflich eindringliches Strafgericht.

Selbstmord aus Verzweiflung.

Bei den Plünderungen auf der Neuen Kräme wurden auch der Laden und das Lager des Herrenkleider- und Wäschegegeschäfts Jakob Rosenthal vollständig ausgeraubt. Der Inhaber Jakob Rosenthal, der erst vor wenigen Monaten einen großen Brandschaden erlitten, vermochte diesen neuen Schlag nicht zu überleben. Angesichts des wirtschaftlichen Ruins beging er Selbstmord durch Erhängen.

Das Sammlerlager des Frankfurter Oberbürgermeisters.

Am letzten Montag veranlaßten mehrere hundert Menschen vor dem Lebensmittelamt in Frankfurt eine Demonstration. Plötzlich ertönte aus der Menge der Ruf: „Was wollt ihr hier? Hier ist nichts zu holen, geht zum Oberbürgermeister!“ Zuerst sah man den Ruf mehr humoristisch auf, aber es dauerte nicht lange, und die Menge war tatsächlich auf dem Weg zu dem Haus des Oberbürgermeisters. Einzelne drangen in die Wohnung ein, durchsuchten sie und beschlagnahmten kurzweilig die vorgefundenen Lebensmittel. Bis die Polizei ankam, waren die Vorräte des Oberbürgermeisters loig und des in der gleichen Villa wohnenden Landgerichtsdirektors Dr. von Kräwel zum teil bereits auf die Straße befördert. Der Sicherheitsdienst sorgte nun dafür, daß die Menge die Waren nicht unter sich verteilt, sondern daß die Sachen in das Polizeipräsidium geschafft wurden. Es wurden drei Personen bestimmt, die bei der Befahrung der Sachen zugegen waren. Es wurden Protokolle aufgenommen und schließlich von zwei Dienboten genau festgehalten, welche Vorräte dem Oberbürgermeister und welche dem Landgerichtsdirektor gehörten. Da vom Oberbürgermeister die Beschwerde einging, daß ihm nicht genügend Waren zur Verfügung des Unterhalts seines zehnköpfigen Haushalts in seiner Wohnung gelassen worden seien, wurde ein Kommissar hinzugehickt, um diese Angaben nachzuprüfen. Es blieb jedoch bei der Beschlagnahme der dem Oberbürgermeister weggeführten Vorräte, unter denen sich fünfundvierzig Pfund geräucherter Fleisch, drei Köpfe Schmalz zu je zehn Pfund und einundzwanzig Dosen Konserven befanden. Wie in allen ähnlichen Fällen wird das Lebensmittelamt über die Verwendung dieser Vorräte bestimmen. Von dem Landgerichtsdirektor ist inzwischen ein Schreiben mit Unterlagen eingegangen, das er auswärts geschickt habe, daß ihm die Lebensmittelarten für ein Jahr geliepert worden seien, und daß er die beschlagnahmten Waren, soweit sie sein Eigentum seien, zurückverlange. Eine Entscheidung ist darüber noch nicht ergangen.

